Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Komp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7.10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7gespaltene Kolonelzeile 50 Pfennig, darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag. — Inserate sind im voraus zu bezahlen. — Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. — Für Verkaufsbedingungen werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 96. | Dresden, Montag den 28. April 1919. | 30. Jahrg.

Macdonald gegen einen Gewaltfrieden.

Die internationale Sozialistenkonferenz.

Nach einer Meldung von Het Volk führt Branting den Vorsitz. Anwesend waren am Sonnabend Branting, Henderson, Huysmans, Ramsay Macdonald, Renaudel (Frankreich), de Brouckère, Anseele und Bertrand (Belgien), Martna (Estland), Gabronsky (Rußland), Borgbjerg (Dänemark), Justo und Tomaso (Argentinien) und Troelstra und Wibaut (Holland). Die übrigen Delegierten werden im Laufe des Nachmittags oder Abends erwartet. Man beschränkte sich auf die Prüfung des aufgestellten Programms, das folgende sieben Punkte umfaßt: 1. Debatte über den Abschluß der Pariser Friedenskonferenz. 2. Die Entsendung einer Studienkommission nach Rußland. 3. Die territorialen Fragen. 4. Die auf das Moskauer Manifest zu gebende Antwort. 5. Die neuen Statuten der Internationale. 6. Die Organisation der Arbeiterpresse. 7. Die Organisation eines Kongresses im August.

•

Wie die V. P. N. mitteilen, hatten die beiden Delegierten der deutschen Mehrheitssozialdemokratie zu der internationalen Konferenz in Amsterdam, Wels und Hermann Müller, bis zum Sonnabend nachmittag von der niederländischen Regierung noch keine Einreisebewilligung erhalten, **trotzdem** sie schon am 17. April diese Bewilligung nachgesucht **hatten**. Dagegen haben diese Bewilligung erhalten der **deutschösterreichische** Delegierte Seeliger sowie der Delegierte der deutschen Unabhängigen, Haase, der, wie die Freiheit mit**teilt, bereits** gestern früh zu der Konferenz abgereist ist.

Macdonalds Warnung.

Amsterdam, 27. April. Ein Vertreter des Wolffbureau hatte eine Unterredung mit dem englischen Arbeiterführer Ramsay Macdonald. Auf die Frage, welche Aufgabe die Amsterdamer Konferenz habe, antwortete Macdonald, sie müsse vor allem angesichts der Moskauer Opposition die Wiederaufrichtung der Internationale besprechen. Deshalb müßten diejenigen, die sich auf das Berner Programm stellten, mutig und offen sprechen. Die Grundsätze, auf denen die sozialistische Internationale stehe, müßten festgelegt werden. Ferner sei es notwendig, sich in den Friedensfragen und betreffend die Vorschläge, die in Paris gemacht würden, an die Demokratien Europas zu wenden. Es seien kritische Tage für die Demokratie, und habe sie keine eigene Politik, so würde die Entwicklung über sie hinweggehen. Die Amsterdamer Konferenz solle sich mit Worten an die Völker wenden, die ihnen ihre Politik klar vorschrieben und deutlich die Regierungen darauf hinweisen, daß die Völker diejenigen Regierungen, die zur Sicherung eines Augenblickstriumphs die Möglichkeit eines dauernden Friedens zerstörten, nicht unbestraft lassen würden. Zur Lage in Paris bemerkte Macdonald, er freue sich über den eben veröffentlichten Brief Wilsons. Er wolle auf seinen Inhalt nicht eingehen, aber die alten diplomatischen Methoden hätten Verhältnisse geschaffen, die diesen Brief ermöglichten und das Publikum stehe den Ursachen, die zum Ausschluß der Oeffentlichkeit in Paris führ'n, mit Recht mißtrauisch gegenüber. Jedenfalls könne es heutzutage kaum geduldet werden, daß vier Personen, so bedeutend sie auch seien, die Rekonstruktion Europas auf sich nehmen, und jeder, der Interesse an einem durch Gerechtigkeit zum Frieden gebrachten Europa hat, müsse hoffen, daß der Brief des Präsidenten ein Anzeichen dafür sei, daß die Völker, soweit es auf ihn ankomme, erfahren sollen, was sich hinter den Kulissen abspiele, und zwar ehe die Fragen durch ihre Vertreter gelöst seien.

Macdonald gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß man in Paris Realpolitik treibe. Gewalt und zeitweilige Vorherrschaft einer Macht oder Mächtegruppe können keinen Friedenszustand schaffen. Unzufriedene rachdürstige Völker würden auch die schönsten Völkerbundspläne zuschanden machen. Er vertraue darauf, daß man diese einfache Tatsache in Paris nicht vergesse. Deutschland müsse harte Bedingungen annehmen, aber es sollte darüber verhandelt werden, und sie sollten so sein, daß sie die wesentlichen Rechte eines sich selbst regierenden Volkes nicht verletzten. Man hat den deutschen Militarismus als Bedrohung Europas aufgefaßt. Paris muß sich davor hüten, daß es die deutsche Demokratie nicht dazu zwingt, diese Drohung fortzusetzen. Lloyd George stammt aus einem kleinen Volke und niemand sollte besser verstehen, als er, wie gefährlich es sei, in einer Völkergemeinschaft ein Mitglied zu lassen, das das Gefühl hat, unter schwerer Ungerechtigkeit zu leiden. Ueber die Friedensbedingungen wollte Macdonald sich nicht äußern, doch sagte er, er sei dafür, daß die Amsterdamer Konferenz aufrichtig zu den Regierungen spreche. In Bern seien die Grundsätze für eine Regelung des Friedens niedergelegt worden, deren Verletzung die Wirksamkeit eines jeden Friedensvertrags vernichten würde. Macdonald erinnerte dann an Ereignisse nach dem südafrikanischen Kriege, wo nach der falschen Politik der Konservativen erst die folgende liberale Regierung eine Versöhnung herbeizuführen verstand. Macdonald schloß: Wenn die Demokratie überhaupt etwas zu bedeuten hat und die sozialistische Internationale über wirklichen Einfluß verfügt, so sollen die Völker Europas nicht im Zweifel darüber bleiben, daß sie ihren ganzen Einfluß aufbieten werden, die geschehenen Uebel ungeschehen zu machen und schließlich eine Regelung der Gebietsund anderen Fragen zu sichern, die mit den in Bern niedergelegten Grundsätzen im Einklang steht.

Der unabhängige Lügenbeutel.

Die unabhängigen Blätter leben dauernd von der Lüge. Wir greifen einige Beispiele der letzten Tage aus dem Lügenbeutel des hiesigen unabhängigen Blattes. Das Blatt behauptet:

Der ermordete Neuring habe die Forderungen der Kriegsbeschädigten abgelehnt. Festgestellt wurde, daß Neuring den Kriegsbeschädigten Erfüllung und Durchsetzung ihrer Forderungen zusagte!

Einem einbeinigen Krüppel soll beim Eindringen der Menge ins Kriegsministerium durch den Handgranatenwurf eines nervös gewordenen Unteroffiziers auch das andre Bein weggerissen worden sein. Festgestellt wurde, daß dies unwahr ist, daß dieser Kriegsbeschädigte weder in Lazaretten noch sonstwo ausfindig oder namhaft gemacht werden konnte!

Justizminister Harnisch soll zugegeben haben, daß die Bekanntmachung der Verhängung des Belagerungszustandes über Sachsen schon vor der Ermordung Neurings vorbereitet worden sei. Ein unabhängiges Flugblatt wiederholt diese Behauptung. Festgestellt wurde von Harnisch, daß dies unwahr ist, daß der Belagerungszustand nach der Bluttat vom 12. April beschlossen und verhängt wurde.

Die unabhängige Presse hat trotz diesen mehrfach veröffentlichten Feststellungen ihre Unwahrheiten nicht nur bis heute unberichtigt gelassen, sondern mehrfach wiederholt.

Gegen diese Verlogenheit und Vergiftung des öffentlichen Lebens gibt's nur ein Mittel: Tiefer hängen!

Die Rätewirtschaft in Ungarn und in München.

Obwohl die aus Ungarn zu uns gelangenden Meldungen deutlich offizielle Bearbeitung erkennen lassen, geht doch aus ihnen zur Genüge hervor, daß an den dauernden Bestand der Rätewirtschaft nicht mehr zu denken ist. Der Rätegedanke hat in Ungarn abgewirtschaftet, und es ist charakteristisch, daß seine Anhänger dies nicht nur bereits selber begriffen haben, sondern daß sie vor allem auch die praktischen Folgerungen dieser Erkenntnis gezogen haben, indem sie — gezwungen von der einfachen Notwendigkeit — Zugeständnisse machen mußten, die dem kommunistischen Gedanken zuwiderlaufen.

Ueberflüssig, zu fragen, was die Rätewirtschaft Ungarn gebracht hat. Die täglichen Meldungen zeigen es ja: Kämpfe mit den Tschechen, Kämpfe mit den Rumänen; französische Truppen stehen zum Einmarsch bereit. Nach dem rumänischen Heeresbericht vom 25. April haben die rumänischen Truppen in der Nacht Großwardein besetzt. Arad steht vor dem Falle. Wie das Bukarester Blatt Patria meldet, erhielten die französischen Truppen den Befehl, Budapest zu besetzen. Und was ebenso schlimm: die kommunistische Regierung hat keinen Rückhalt im Volke, dessen Stimmung, aus Mißtrauen, Gleichgültigkeit und Erbitterung zusammengesetzt, notwendigerweise deprimierend wirken muß.

Wenn in Ungarn die Räteregierung zusammenbricht, dann muß das auch für Deutschland Folgen haben, die man ohne weiteres als nur günstig ansprechen kann. Im Reiche ist Bayern, speziell München, die bolschewistische Filiale, und auch hier zeigt sich übrigens ganz unabhängig von Ungarn), daß der Bolschewismus keine Lebensfähigkeit besitzt, daß seine ganze Wirkung in der Kraftverschwendung, nicht in der Kraftererzeugung und -sammlung beruht. Zersetzung ist die Begleiterscheinung des Bolschewismus, und sie gelangt zum sichtbaren Ausdruck im Bürgerkrieg.

Denn der Bolschewismus ist auf die Diktatur aufgebaut, wobei es, wie wir einschalten möchten noch sehr zweifelhaft ist, ob diese Diktatur immer eine solche des Proletariats ist. Diktatur verlangt, fordert, zwingt zur Empörung, die — mag sie sich nun äußern, wie sie will — immer stark genug sein wird, um den Bolschewismus an dem „Naturgemäßen seiner Existenz" irre zu machen.

Diese Erkenntnis ist es, die jetzt auch in den Köpfen der Münchner Bolschewisten Platz zu greifen beginnt. Nach übereinstimmenden Meldungen verschärfen sich die Gegensätze im dortigen Vollzugsrat, und das Bestreben, mit der Regierung zu unterhandeln, gewinnt immer mehr an Boden. Wenn die Verhältnisse tatsächlich so liegen, wie sie der von uns am Sonnabend unter der Ueberschrift „Ein bayerischer Brief" veröffentlichte Brief schildert (dem natürlich die Schilderungen andrer Augenzeugen gegenüberstehen), dann ist ein Verhandeln, ein Ausgleich der Gegensätze noch möglich.

Die Grundlage der deutschen Republik und aller ihrer Freistaaten ist die absolute Demokratie. Es wäre schmerzlich, wenn ein Bürgerkrieg als Mittel dienen müßte, um diese Grundlage zu erhalten.

•

Stuttgart, 26. April. Das Kriegsministerium teilt mit: Die Lage bei den in Bayern verwendeten württembergischen Truppen ist unverändert. Den Oberbefehl über sämtliche Truppen, die gegen München operieren, hat im Einvernehmen mit der württembergischen und bayerischen Regierung Reichswehrminister Noske übernommen. Ueber München liegt die Nachricht vor, die Stärke der Roten Armee werde auf 20 000 bis 30 000 Mann geschätzt, von denen die Mehrzahl nur als Mitläufer anzusehen sei. Die hohe Zahl erkläre sich dadurch, daß die Erwerbslosenunterstützung von der spartakistischen Regierung nur an die waffentragenden Anhänger ausgezahlt wird. Die Zahl der kampfverwendungsfähigen Truppen wird auf 12 000 Mann bei den Spartakisten geschätzt. Die Bürger Münchens sollen Brot in ausreichender Menge, dagegen keine Kohlen erhalten. Heute wurde über das ganze rechtsrheinische Bayern das Standrecht verhängt. Die Operationen gegen München nehmen ihren planmäßigen Fortgang. Die Truppen sind [illegible] weise schon bis München herangezogen. Kempten und Umgebung **erhalten Zuzug von Spartakisten aus München und Augsburg.**

•

Kommunistenführer Schmidt erschossen.

Aus Nürnberg wird gemeldet, daß der Kommunistenführer Albert Schmidt von Regierungstruppen in der Notwehr erschossen wurde. Im Laufe des Sonnabendvormittags wurden die Büroräume der Demokratischen Partei gestürmt und Geiseln von der Menge festgenommen. Zur Befreiung der Geiseln aufgebotene Truppen wurden von der angesammelten Menge beschimpft und angegriffen. Man stürmte auf die Soldaten zu und entwaffnete sie zum Teil. Sechs bis sieben Personen wurden verletzt. Auf beiden Seiten gab es vier Verwundete.

Nürnberg, 26. April. Vom Kommando und vom Vollzugsausschuß des 3. A.-K. ergeht folgende Bekanntmachung: Es ist festgestellt, daß Führer der U. S. P. D. und der Kommunisten den gewaltsamen Umsturz der gesetzlichen Regierung Hoffmann organisieren und mit Waffen die militärische und bürgerliche Gewalt stürzen und diese durch ihre Diktatur ersetzen wollen. Durch dieses hochverräterische Beginnen wird pflichtgemäße Abwehr ohne Zaudern nötig. Deshalb wird mit aller Strenge angeordnet: Die Straße bleibt frei! Ansammlungen werden nicht geduldet! Umzüge sind verboten! Das Militär wird gegen jeden, der diese Anordnungen übertritt, mit Waffengewalt vorgehen. Die Bevölkerung ist gewarnt. Jeder Friedliebende wird die Maßnahmen billigen und die bewaffnete Macht unterstützen.

Augsburg, 26. April. Die in Augsburg stehenden württembergischen Truppen sind zum Teil abtransportiert worden; der Rest bleibt in der Stadt, bis sich eine verläßliche Volkswehr gebildet hat.

Bamberg, 27. April. Gestern machten bewaffnete Spartakisten einen Angriff auf Neumarkt am Inn, zogen sich aber wieder zurück. Mühldorf am Inn wurde am 24. April von 50 und am 25. April von 100 Spartakisten besetzt. In Burghausen herrscht Ruhe. Die Bevölkerung steht zur Regierung Hoffmann. Landshut wurde den Spartakisten durch Regierungstruppen entrissen.

•

Ungarns Bedrängnisse.

Wien, 27. April. Der Vormarsch der Rumänen gegen die ungarische Räterepublik wird, einer Meldung der Frankfurter Zeitung zufolge, fortgesetzt. Es liegen bestimmte Nachrichten vor, daß auch die Südslawen, und zwar über Deutschwestungarn, gegen Budapest vorrücken. Letzteres ist auch für Deutschösterreich wichtig, weil dadurch verhindert wird, daß die vor den vereinigten Rumänen und Franzosen sich zurückziehenden ungarischen Roten Garden auf deutschösterreichisches Gebiet übertreten. Dadurch könnte auch die Frage des Anschlusses von Deutschwest-Ungarn an Deutschösterreich erleichtert werden, wenn nicht die Südslawen die ganze Aktion nur unternehmen, um sich endlich den Korridor zu schaffen, der sie mit dem tschechoslowakischen Brückenkopf von Preßburg verbindet und so den Tschechen den Ausgang zur Adria sichert.

Budapest, 26. April. Laut Meldung des Ung. Telegr.-Korrespondenz-Bureaus haben die Rumänen am 24. d. M. auf dem Nordflügel angegriffen, auf dem Südflügel ihr Vordringen unter kleinen Gefechten bis zum Abend fortgesetzt und im Norden die Linie [illegible]—Nameny—Nyirbakta, im Süden die Linie [illegible] erreicht. Ein Erlaß Bela Kuns als Volksbeauftragter für Kriegswesen verbietet, Fremde oder Staatsbürger zwangsweise in die Rote Armee einzustellen.

•

Ein deutschösterreichischer Vorschlag an Ungarn.

Wien, 25. April. Staatssekretär Dr. Bauer hat in Budapest eine Note überreichen lassen, in der die deutschösterreichische Regierung die Erklärung der ungarischen Räteregierung zur Kenntnis nimmt, daß sie ihr Tatsachenmaterial darüber mitteilen werde, daß die deutschösterreichische Gesandtschaft in Budapest den Schmuggel von Wertgegenständen aus Ungarn ins Ausland unterstützt und gegenrevolutionäre Bewegungen gefördert habe. Die Beschuldigungen der ungarischen Räteregierung, heißt es in der Note, kann die deutschösterreichische Regierung sich nur aus dem Bedürfnis der ungarischen Räteregierung erklären, durch solche grundlosen Beschuldigungen die Umtriebe zu fördern, deren sie sich selbst unter Aufwand bedeutender staatlicher Geldmittel mit ungarischstaatlichen Organen auf deutschösterreichischem Boden schuldig mache. Die deutschösterreichische Regierung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190428/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG